



Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 17. September 2009

Antrags-Nr. 09-F-24-0002

Gemeinsam mit dem Land gegen ungerechten Länderfinanzausgleich statt Sonderopfer zu Lasten der Kommunen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wehrt sich mit allem Nachdruck dagegen, dass den hessischen Kommunen ab dem Jahr 2011 ein Sonderopfer durch Mittelentzug im Kommunalen Finanzausgleich abverlangt werden soll. Sie fordert die hessische Landesregierung auf, in ihrer weiteren Finanzplanung die Verbundmasse in Höhe von 23 Prozent beizubehalten und die Finanzausgleichsmasse nicht dadurch zu schmälern, dass Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zu Gunsten des Landes einbehalten werden. Dies gilt insbesondere für die im Finanzplan 2009 erklärte Absicht, ab dem Jahr 2011 zu Lasten der Kommunen jährlich 400 Millionen Euro der Finanzausgleichsmasse entziehen zu wollen.
2. Gemeinsam mit dem Land Hessen wehrt sich die Landeshauptstadt Wiesbaden dagegen, dass im Länderfinanzausgleich das Land Hessen als das ohnehin stärkste Zahlerland - auch zu Lasten seiner Kommunen - belastet bleibt und eher noch stärker belastet werden wird.

Beschluss Nr. 0492

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.06.2009 betr.

Gemeinsam mit dem Land gegen ungerechten Länderfinanzausgleich
statt Sonderopfer zu Lasten der Kommunen

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2009

Nickel
stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2009

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister